



Medienmitteilung der Allianz gegen die Ernährungsinitiative vom 23. Januar 2026

## Auch WAK-S hat keine Sympathien für Vegan-Zwang

**Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats diskutierte die Ernährungsinitiative. Sie kam zum gleichen Schluss wie bereits der Nationalrat: kontraproduktiv und realitätsfremd. Entsprechend lehnten die Mitglieder diese ohne Gegenvorschlag ab. Nun fehlt noch das Plenum des Ständerats, bevor die Vorlage zur Abstimmung kommt. Der Staat müsste der Bevölkerung in weiten Teilen einen Vegan-Zwang auferlegen, um das Ziel der Initiative zu erreichen.**

Kontraproduktiv, unrealistisch und unnötig: Die vorberatende Kommission des Ständerats war sich bei der Beratung der Ernährungsinitiative einig. Ihre Forderung von 70 Prozent Netto-Selbstversorgungsgrad liesse sich nur mit massivsten Eingriffen in das Konsumverhalten der Bevölkerung erreichen. Diese müsste sich künftig hauptsächlich ohne tierische Lebensmittel und damit in erster Linie vegan und damit unausgewogen ernähren. Es wären staatliche Essensvorgaben und damit ein weitgehender staatlich verordneter Vegan-Zwang mit vorgegebenen Angeboten in der Produktion, in der Verarbeitung, im Handel und in der Gastronomie nötig. Zudem müssten alle geeigneten inländischen Landwirtschaftsflächen inklusive den heutigen Biodiversitätsflächen wieder explizit zur Lebensmittelproduktion dienen.

Die rein pflanzliche Ernährung entspricht weder dem aktuellen Essverhalten noch ist sie in Bezug auf eine standortgerechte Landwirtschaft und geschlossene Nährstoffkreisläufe sinnvoll. Die vielen Grasflächen in der Schweiz sind nur über Tierhaltung für die menschliche Ernährung nutzbar. Mist und Gülle sind zudem notwendige Dünger für den Pflanzenbau und die Bodenfruchtbarkeit. Die Initiative beinhaltet neue Auflagen, darunter an das Saatgut, welche das Produktionspotential im Pflanzenbau reduzieren und die Preise für einheimische Lebensmittel erhöhen würden. Als Konsequenz dürfte der Einkaufstourismus zunehmen und die Schweizer Ernährungswirtschaft würde Marktanteile sowie tausende Arbeitsplätze verlieren. Die Land- und Ernährungswirtschaft befindet sich bereits in einem umfassenden Anpassungsprozess und zahlreiche Optimierungsmassnahmen sind bereits am Laufen.

Die Allianz gegen die Ernährungsinitiative hofft, dass das Plenum des Ständerats in der Frühlingssession dem Vorschlag ihrer Kommission folgt und ebenfalls ein klares Zeichen gegen unsinnige Volksinitiativen wie diese setzt.

### *Rückfragen:*

*Martin Rufer, Direktor Schweizer Bauernverband, [martin.rufer@sbv-usb.ch](mailto:martin.rufer@sbv-usb.ch), Mobile 078 803 45 54*

*Michel Darbellay, Stv. Direktor Schweizer Bauernverband, [michel.darbellay@sbv-usb.ch](mailto:michel.darbellay@sbv-usb.ch), Mobile 078 801 16 91*

*Dagmar Jenni, Direktorin SWISS RETAIL FEDERATION, [daqmar.jenni@swiss-retail.ch](mailto:daqmar.jenni@swiss-retail.ch), Tel. 031 312 40 40*

*Beat Imhof, Präsident GastroSuisse, [beat.imhof@gastrosuisse.ch](mailto:beat.imhof@gastrosuisse.ch), Mobile 079 773 29 15*

*[www.ernaehrungsinitiative-nein.ch](http://www.ernaehrungsinitiative-nein.ch)*